

Politik *heute*

Nachrichten aus Politik und Wirtschaft

Zweierlei Maß I

Das mußte ja so kommen. Niemand wirft dem Amtsinhaber seine Affinität zum Kommunismus, der russischen Historikern zufolge 200-300 Millionen Todesopfer gefordert hat, darunter auch jene, die man vorsätzlich verhungern ließ, vor. Damit steht man in Österreich, ja in ganz Europa, garantiert auf der richtigen Seite. Je linker, desto besser. Das kann man von der Kandidatin nicht behaupten, weshalb sie auch die übelsten Anwürfe über sich ergehen lassen muß. Da tun sich Abgründe in manchen Journalisten auf. Und während uns unsere türkischen Mitbürger wegen ihres Kinderreichtums, den wir angeblich wegen unserer bedenklichen demographischen Entwicklung dringend brauchen, höchst willkommen sind, wirft man der Kandidatin sogar das vor. Das Niveau, das manche Journalisten hier erreicht haben, könnte tiefer nicht sein.

Zweierlei Maß II

Die Grünen empfehlen nach einem Hearing, Amtsinhaber Heinz Fischer zu wählen. Denn, so Eva Glawischnig, Barbara Rosenkranz wäre rechtsextrem und jede Stimme für sie eine Legitimation des Rechtsextremismus.

Da Heinz Fischer bekanntlich Sympathie für kommunistische Staaten hegt, würde das im Umkehrschluß heißen, jede Stimme für ihn wäre eine Stimme für den Linksextremismus. Haben wir also die Wahl zwischen zwei Übeln? Und sollte man nicht jede Form von Extremismus gleichermaßen verurteilen? Aber das wäre von unseren gleichgeschalteten Medien und Politikern wohl etwas zuviel verlangt.

Brauchen wir einen Bundespräsidenten?

Er hat seine Arbeit gut gemacht, sagt man. Er hat bei Staatsbesuchen im In- und Ausland Hände geschüttelt. In Krisenzeiten kann er das Parlament auflösen, Regierungen ein- und absetzen, Neuwahlen verlangen und Kriegserklärungen unterschreiben.

Österreich hat 14 Minister und 3 Staatssekretäre, die Schweiz hat 7 Minister. Die Aufgabe des Bundespräsidenten wird abwechselnd von einem Minister übernommen. Brauchen wir einen Bundespräsidenten als Staatsoberhaupt? Nein!

Fischers Naheverhältnis zu kommunistischen Diktaturen, Vertretern einer verbrecherischen Ideologie, ist offensichtlich tabu. Er war teils Gründer, Vorstandsmitglied und Mitglied diverser Freundschaftsvereine mit Kuba, Rot-China, Jugoslawien, Nordkorea. Immer war er auch ein gern gesehener Gast in diesen Ländern.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen. Österreich muß auch mit jenen Staaten normale Beziehungen unterhalten, deren rechtsstaatliches und politisches System wir ablehnen. Doch Fischer kam nicht als Staatsmann, sondern als Parteipolitiker und erklärter Freund dieser Diktaturen.

Daß Fischers Affinität zum Kommunismus weder bei seiner ersten Wahl zum Staatsoberhaupt noch in diesem Wahlkampf von der ÖVP auch nur erwähnt wird, ist ein Spiegelbild unserer Parteienlandschaft und des Zustandes der österreichischen Republik.

Ob Heinz Fischer in Krisenzeiten die für Österreich beste Entscheidung treffen würde? Hoffentlich müssen wir das nie erfahren. Eine Frage drängt sich noch auf: Wie würde man einen Kandidaten behandeln, der ein erklärter Freund des rechten Diktators Pinochet war?

Aus dem Inhalt

In Hamburg brennen wieder Autos, und das schon seit vielen Jahren. Angeblich mindestens 50 seit Winterende, 700 seit 2004. Doch der schwarz-grüne Senat weigert sich, die wirklichen Zahlen bekanntzugeben.

Schönheitsoperationen von der Kasse bezahlt

In Oberösterreich bezahlt die Gebietskrankenkasse, ob Brustverkleinerung oder -Vergrößerung alles, was dem Schönheitsideal der Betroffenen nicht entspricht. Koste es, was es wolle.

Deutschlands Schulden steigen um 4.481,- Euro pro Sekunde

Tendenz steigend. Die horrende Staatsverschuldung ist zum Angstthema geworden. Die Politiker scheinen machtlos.

Greenpeace droht Klimaleugnern mit Gewalt

„Wir wissen, wer Sie sind, wo Sie wohnen, und wo Sie arbeiten. Und wir sind viele, Sie sind wenige.“

Schweizer Armeechef Blattmann warnt vor bedrohlichen Migrationsströmen

Nicht nur Blattmann, auch die EU hat die kommende Bedrohung erkannt und warnt vor einer gewaltsamen Invasion, die nur militärisch abgewehrt werden kann. Den Europäern wird mit medialem Trommelfeuer ein schlechtes Gewissen eingeredet. das den Willen zur Verteidigung lähmt

Zeitbühne und Politik heute können Sie ausschließlich als Abo per Post bzw. Internet beziehen

Abo Zeitbühne Druckausgabe	18,-
Abo Ausland	26,-
Abo Internetausgabe	
identisch mit Druckausgabe	12,-
Politik heute nur über Internet	10,-
z.zeitbuehne@aon.at	